

»40 Jahre sind genug!«

Deutsch-brasilianische Kooperation zwischen Solidarität und Atomgeschäften

Brasilien und Deutschland eint eine lange Geschichte der Zusammenarbeit. Da ist zum einen die internationalistische und humanitäre Solidarität mit den Opfern der Militärdiktatur. Zum anderen sind da die Kumpanei mit der Diktatur und die Bombengeschäfte deutscher Unternehmen, die bis heute Atomanlagen nach Brasilien liefern. 2014 ist das ideale Jahr, um die Kooperation auf eine neue Basis zu stellen.

von Christian Russau

Neun Mann bilden die Mauer. Sechs in dunkelblau, drei in gelb. Der Schuss fällt, zwei Gelbe lassen sich fallen – und in der blauen Mauer klafft eine Lücke, durch die pfeilschnell der passgenaue Schuss fliegt und der Ball im Netz landet. Kunstschütze Rivelino hatte für Brasilien getroffen – und die Auswahl der DDR war besiegt! Es war bei der Fußball-WM 1974 in der BRD. Brasilien war amtierender Weltmeister, und wer wollte die Seleção nicht gern beim Zaubern am Ball sehen? Allen voran die BrasilianerInnen, die den Weg ins weit entfernte Westdeutschland gefunden hatten. Aber nicht allen wurde dies gestattet.

In Bochum lebte im Juni 1974 eine Gruppe von BrasilianerInnen, die dort Deutschkurse besuchten, unterstützt vom Ökumenischen Studienwerk der EKD. Im Februar 1974 waren sie nach Köln gekommen, nachdem ihre Odyssee sie 1971 aus Brasilien erst nach Chile, nach dem 11. September 1973 von dort nach Mexiko und Ende 1973 dann über Belgien nach Köln getrieben hatte. In Brasilien herrschte seit 1964 die Militärdiktatur, ab Ende 1968 wurde die Repression in Brasilien massiv verschärft – Folter, Mord, Verschwindenlassen, alles staatlich sanktioniert und betrieben. »Die bleierne Zeit« nennen die BrasilianerInnen in Anspielung auf Margarethe von Trottas gleichnamigen Film diese Phase der zivil-militärischen Diktatur später. Den Geflohenen blieb die Hoffnung auf Asyl in der Bundesrepublik. Amnesty International unterstützte sie dabei. Die Asylanträge zogen sich über mehrere Monate hin, aber die deutschen Polizeibehörden handelten entschlossener.

Schikanen gegen Exilierte

»Im Juni 1974 wurde ich zusammen mit zwei Genossen zur Ausländerpolizei in Bochum zitiert, wo man uns mitteilte, dass wir uns drei mal täglich beim nächstgelegenen Polizeirevier

zu Kontrollzwecken zu melden hätten, und zwar während der 21 Tage der Fußball-Weltmeisterschaft, die in Deutschland stattfand. Nichterscheinen sollte zur Ausweisung aus dem deutschen Territorium führen. Wir fragten, woher diese Maßnahme käme, aber wir erhielten keine weiteren Erklärungen. Wir legten Widerspruch gegen diese Maßnahme ein (wobei die Anwaltskosten von der Kirche übernommen wurden) und verloren. Wir waren

Insgesamt acht Atomkraftwerke sollten mit deutscher Unterstützung gebaut werden

durch diese Maßnahme in unserem Studium ernsthaft beeinträchtigt, weil die Durchführung genau in die Zeit der Deutschprüfungen fiel. Außerdem konnten wir uns kein Spiel ansehen, wir mussten täglich drei Stunden laufen, um uns zu mel-

den, einmal vor und zweimal nach dem Mittagessen.« So steht es im Bericht von Maria Auxiliadora Barcellos Lara, der im Archiv des Berliner Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile Lateinamerika dem Staub der Geschichte trotzt.

Die deutsche Ausländerbehörde schikanierete die Exilierten weiter. Im Oktober 1974 schrieb sich Dora, wie alle sie nannten, an der Freien Universität Berlin ein, aber die Behörde teilte ihr mit, sie sei illegal nach Deutschland eingereist und es werde jetzt ein Verfahren gegen sie eingeleitet. Ab Mai 1975 wurde ihr das Verlassen West-Berlins untersagt, ihr in Chile zuletzt ausgestellter Pass lief im Juli 1975 ab – und die deutschen Behörden weigerten sich, ihr einen Pass auszustellen. Dora war damit praktisch staatenlos, wie viele BrasilianerInnen im bundesdeutschen Exil zu dieser Zeit.

Hannah Arendt sah in dem Besitz einer Staatsbürgerschaft »das Recht, Rechte zu haben«. Staatenlos ist demnach gleichbedeutend mit rechtlos. Und Dora war laut Berichten von FreundInnen aus ihrer West-Berliner Zeit gezeichnet von der in Brasilien erlittenen Folter. Depressionen und psychische Probleme bewogen sie, sich in Behandlung zu geben. Am 1. Juni 1976 starb sie auf einem Charlotten-

burger Bahnhof. »Für die Polizei war der Tod Doras ein klarer Fall von Selbstmord. In Wahrheit wurde Maria Auxiliadora von denen umgebracht, die sie sieben Jahre zuvor in brasilianischen Gefängnissen barbarisch gefoltert hatten«, schreibt Heinz F. Dressel, der sie aus der Zeit in Bochum kannte. »Die psychische Erkrankung war ohne Zweifel eine Folge der physischen und psychischen Qualen, welche die damals 25-jährige im Laufe ihrer Haft zu erdulden gehabt hatte.«

Kampf um öffentliche Meinung

Solidarität und Mitmenschlichkeit waren in jener Zeit Triebfeder der Solidaritätsarbeit mit Brasilien und den in Deutschland exilierten BrasilianerInnen. Die Unterstützung bei Behördengängen gehörte ebenso dazu wie das öffentlich Machen der in Brasilien von den Militärs begangenen Taten. Die Verantwortlichen sollten beim Namen genannt werden. So dominierten Themen wie Folter und das Verschwindenlassen politisch Oppositioneller in Brasilien die Informationskampagnen der bundesdeutschen Brasilien-Solizene. Zu den Höhepunkten zählten die Veröffentlichungen der Kölner Brasilien-Koordinationsgruppe von amnesty international und des Mettinger Instituts für Brasilienkunde, aber auch das öffentlichkeitswirksame »Brasilien-Tribunal«, das unter Leitung des WDR-Journalisten Claus Hinrich Casdorff 1972 in Köln abgehalten wurde und das der Diktatur in Brasilien Folter vorwarf.

In den Archiven des brasilianischen Geheimdienstes SNI wurden unlängst Akten gefunden, die den Stempel eines der berichtigten Repressionsorgane der Militärdiktatur, des Departamento de Ordem Política e Social (DOPS) aus São Paulo, trugen. Ihr Inhalt: Berichte über das Tribunal von Köln, dokumentiert und zusammengetragen mutmaßlich von Spitzeln der Diktatur. Auf dem »Brasilien-Tribunal« wies der als »Verteidiger« bestellte Hermann Görden, Gründer der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft, die Vorwürfe der Folter durch den brasilianischen Staat als »nicht systemisch« zurück und erklärte später, »die Brasilianer sind doch gar nicht an Demokratie interessiert«. Mit dieser Ansicht stand Görden nicht allein.

Bombengeschäfte mit Brasília

Die deutsch-brasilianischen Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft und Politik blühten in den 1970er Jahren regelrecht auf. Das Be-



Foto: Mídia NINJA

harren der Linken auf Menschenrechte schien nicht wenigen offenkundig zweitrangig. Der Außenminister der Großen Koalition, Willy Brandt, erklärte im Juni 1968 anlässlich seines Brasilien-Besuchs den herrschenden Militärs das bundesdeutsche Interesse an einer Atomkooperation beider Länder. Dies mündete zu Zeiten der sozial-liberalen Koalition 1975 in das »Abkommen zwischen der Föderativen Republik Brasilien und der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie«. Dieses »Bombengeschäft« wurde damals hierzulande als größtes deutsches Exportgeschäft aller Zeiten gefeiert.

Das Atomabkommen zwischen Brasilien und Deutschland ist bis heute gültig. Die Geltungsdauer des Regierungsabkommens beträgt laut Unterzeichnung 15 Jahre. Eine »stillschweigende Vereinbarung« regelt, dass sich das Abkommen automatisch »um jeweils 5 Jahre« verlängert, bei einer Kündigungsfrist von jeweils zwölf Monaten. 2003/04 scheiterten vereinzelte Versuche seitens der rot-grünen Bundesregierung, das Atomabkommen mit Brasilien in ein Abkommen über erneuerbare Energien umzuwandeln. Insgesamt acht Atomkraftwerke, eine Urananreicherungs- und eine Wiederaufbereitungsanlage sollten in Brasilien mit deutscher Technik gebaut werden. Siemens und die Kraftwerk Union freuten sich über den Milliardenauftrag.

Der Druckwasserreaktor Angra II wurde mit Hilfe einer deutschen Hermes-Bürgschaft finanziert und im Jahr 2000 in Betrieb genommen. Die Tilgungs- und Zinszahlungen für dieses Geschäft haben den brasilianischen

Staatshaushalt über Jahre extrem belastet. Gebaut wurden die Angra-Reaktoren ohne vorherige Standortprüfung am Strand von Itaorna bei Angra dos Reis auf zu sandigem Boden. Zudem wurden die von KritikerInnen stets geäußerten Befürchtungen, das brasilianische Militär hätte in den 1980er Jahren versucht, mittels Urananreicherung in den Besitz von Atombomben zu gelangen, nach dem Übergang zur Demokratie Anfang der 1990er Jahre von der brasilianischen Regierung indirekt bestätigt: Sämtliche diesbezügliche Aktivitäten wurden offiziell eingestellt, obwohl es sie angeblich nie gegeben hatte.

Der zum deutschen AKW Grafenrheinfeld baugleiche Reaktor Angra III wird derzeit noch gebaut. Von der deutschen Bundesregierung gilt eine Exportkreditbürgschaft in Höhe von 1,3 Milliarden Euro als formal noch bewilligt, aber von brasilianischer Seite wird mittlerweile eine rein brasilianische Finanzierung favorisiert. So entgehen Brasilien und Deutschland dem öffentlichen Druck, den Umweltgruppen wie die Nichtregierungsorganisation Urgewald seit Jahren gegen die Exportkreditabsicherung für Angra III aufbauen. Laut jüngsten Presseberichten zeigen sich nun Japan und Russland an weiteren Atomprojekten mit Brasilien sehr interessiert.

2014 ist ein gutes Jahr

Alle Welt schaut 2014 anlässlich der Fußball-WM auf Brasilien. Und es jährt sich der brasilianische Militärputsch zum 50. Mal. Brasilien ist eine Demokratie – und in der Bundesrepublik Deutschland gilt formal der Atomausstieg,

der bis 2022 vollzogen sein soll. Dass dieser »Ausstieg« eine halbe, wenn nicht gar eine faule Sache ist, ist den wenigsten klar. Denn nach 2022 wird aller Voraussicht nach weiter Uran aus den Atomkraftwerken aller Welt auch nach Deutschland geliefert, damit die Anreicherungsanlagen der Urenco im westfälischen Gronau und die Brennelementefabrik der Areva-Tochter Advanced Nuclear Fuels (ANF) im niedersächsischen Lingen ihren Geschäften nachgehen können.

Auch aus Brasilien treffen Lieferungen ein, werden weiterverarbeitet und wieder nach Brasilien zurückgeschifft. Dies geschieht auf Basis des deutsch-brasilianischen Atomabkommens, das auch die »Aufbereitung von Uranerzen sowie die Herstellung von Uranverbindungen« vorsieht. 2014 jährt sich das Abkommen zwischen Bonn und Brasília zum 39. Mal. Zum 18. November 2014 könnte es von einer deutschen Bundesregierung per diplomatischer Note gekündigt werden. Bei einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten könnte so der Atomvertrag zwischen Deutschland und Brasilien zum 18. November 2015 auslaufen. Die Kampagne zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen dafür läuft in Brasilien und Deutschland derzeit an. »Denn 40 Jahre Atomkooperation sind genug!«, erläutert Barbara Happe von der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald aus Berlin das Ziel der Kampagne.

► **Christian Russau** ist Autor und Journalist und lebt in Berlin.